Foto: Archiv MMW

Verwaltungsgerichte können sich nicht einigen

GEZ-Gebühr für den Praxis-PC: Müssen Sie wirklich zahlen?

Seit dem 1.1.2007 werden für den „internetfähigen“ Praxis-PC oder den Computer im Arbeitszimmer daheim zusätzliche GEZ-Gebühren fällig. Das gilt auch für Ärzte, die mit dem Rechner gar nicht ins Internet gehen. Gegen die zusätzlichen Gebühren sind Betroffene bereits vor Gericht gezogen. In der Folge entschieden manche Verwaltungsgerichte für, manche gegen die Gebührenpflicht.

— Wer einen PC zur Arbeit nutzt, ist seit dem 1.1.2007 verpflichtet, dieses Gerät bei der GEZ anzumelden. Für Ärzte bedeutet das Kosten von mindestens 70 Euro im Jahr. Zu den „neuartigen“ Rundfunkgeräten zählen übrigens nicht nur internetfähige PCs, sondern auch Notebooks oder UMTS-Handys. Einige Betroffene sind bereits gegen die Gebühren vorgegangen, mit unterschiedlichem Ausgang:

Am 16.7.2008 entschied das Verwaltungsgericht Braunschweig (Az. 4 A 149/07): Wer in der Privatwohnung beruflich einen PC nutzt und bereits für private Geräte GEZ-Gebühren bezahlt, der kann den Rundfunkgebührenbescheid ignorieren. Im vorliegenden Fall hatte der Unternehmer

Norbert Simon, der einen Computer zu beruflichen Zwecken im heimischen Arbeitszimmer nutzt, gegen einen Gebührenbescheid der GEZ Widerspruch eingelegt.

Jedes Gericht sagt etwas anderes

Ähnlich verlief das Verfahren eines Rechtsanwalts (15.7.2008, Az. 1 K496/08.KO) vor dem Verwaltungsgericht Koblenz. Der Anwalt nutzt den PC in seiner Kanzlei für Schreib- und Rechercharbeiten. Über Internet, so der Jurist, greife er lediglich auf Rechtsprechungs-Datenbanken zu bzw. nutze dieses zur elektronischen Abgabe der Umsatzsteuervoranmeldung. Den PC verwende er keineswegs zum Rundfunkempfang. Deshalb sei es ver-

fassungswidrig, von ihm GEZ-Gebühren zu verlangen. Auch hier gaben die Verwaltungsrichter dem Kläger recht.

Kurz zuvor jedoch, am 10.7.2008 (Az. AN 5 K 08.00348) hatte das Amtsgericht Koblenz in einem ähnlich gelagerten Fall einen Rechtsanwalt zur Gebührenpflicht für den Kanzleicomputer verdonnert (siehe auch www.vgh.bayern.de/VGAnsbach/documents/08-00348.pdf).

Das Verwaltungsgericht Münster urteilte am 6.10.2008, dass allein der Besitz eines internetfähigen Computers noch nicht zur Zahlung von Rundfunkgebühren verpflichte. Mit dieser noch nicht rechtskräftigen Entscheidung (Az. 7 K 1473/07) hob das Gericht einen Gebührenbescheid auf, den der WDR (Köln) einem Studenten aus Münster zustellen ließ.

Offenbar, schreibt der Informationsdienst www.heise.de lapidar, gehen in der Frage, ob ein Bürocomputer rundfunkgebührenpflichtig ist oder nicht, die Meinungen der deutschen Verwaltungsrichter derzeit noch deutlich auseinander.

Höchstens unter Vorbehalt zahlen

Die Industrie- und Handelskammern raten Betroffenen, die einen Gebührenbescheid erhalten haben, dazu, die Gebühr nur unter Vorbehalt zu bezahlen. Dies sollte auch auf dem Überweisungsträger („Zahlung unter Vorbehalt“) vermerkt sein.

■ Autorin: Anke Thomas

Umfrage zu den wirtschaftlichen Aussichten

Miese Stimmung unter Ärzten

— Die Aussicht auf mehr Honorar hat die Stimmung unter den Ärzten offenbar nicht wesentlich verbessert. Zur wirtschaftlichen Lage und zu den Erwartungen für die nächsten sechs Monate befragt schätzten 33% der Ärzte, Zahnärzte und Psychologischen Psychotherapeuten ihre derzeitige wirtschaftliche Lage als schlecht ein, 47% zeigten sich zufrieden. Etwa 55% erwarten in naher Zukunft keine wesentliche Veränderung, 32% glauben, dass sich ihre Situation sogar noch ver-

schlechtert. Die Einschätzung ist aber doch etwas positiver als im Frühjahr 2008. Niedergelassene Humanmediziner sind pessimistischer als Zahnärzte oder Psychologische Psychotherapeuten: Ihr Index liegt bei -17,6, bei den Zahnärzten bei -15,2 und bei den Psychologischen Psychotherapeuten bei -10.

■ Autorin: Anke Thomas
Quelle: Umfrage der Gesellschaft für Gesundheitsmarktanalyse (GGMA) zur wirtschaftlichen Lage und zu den Erwartungen der Ärzte für die nächsten sechs Monate.